

Antragsbuch  
zur  
Landesmitgliederversammlung 17.1



Satzungsänderungsanträge der Wahl der Parteiorgane betreffend

SÄA 001	konkurrierend mit SÄA 004 & SÄA 005	
Antragsteller:	Toni Rotter	
Unterstützer zur Kandidatur für den Landesvorstand und Landesschiedsgericht		
<b>Antragstext:</b>		
<p>Modul 1: Unter dem "§7 - Der Landesvorstand" möge folgender Absatz hinzugefügt werden:                  (1e) Kandidaten für die Ämter im Landesvorstand müssen vor der Einreichung ihrer Kandidatur die Unterstützung von 10% der akkreditierten Mitglieder, jedoch mindestens 5, vorweisen.</p> <p>Modul 2: Unter dem "§9 - Das Landesschiedsgericht" möge folgender Absatz hinzugefügt werden:                  (4) Kandidaten für die Ämter im Landesschiedsgericht müssen vor der Einreichung ihrer Kandidatur die Unterstützung von 10% der akkreditierten Mitglieder, jedoch mindestens 5, vorweisen.</p>		
<b>Begründung:</b>		
<p>Wenn Mitglieder nicht zumindest diese Anzahl an Unterstützern auf einem Landesparteitag vorweisen können, würden sie nur unser aller Zeit verschwenden. Diese Anträge bieten einen integrierten Trollschutz fürs Kandidatenpodium. Dieser ist durchaus beabsichtigt.</p>		

SÄA 004	konkurrierend mit SÄA 001 & SÄA 005	
Antragsteller:	Piratux	
Unterstützer zur Kandidatur für den Landesvorstand und Landesschiedsgericht		
<b>Antragstext:</b>		
<p>Modul 1: Unter dem "§7 - Der Landesvorstand" möge folgender Absatz hinzugefügt werden:                  (1e) Kandidaten für die Ämter im Landesvorstand müssen vor der Einreichung ihrer Kandidatur die Unterstützung von 30% der akkreditierten Mitglieder, jedoch mindestens 10, vorweisen.</p> <p>Modul 2: Unter dem "§9 - Das Landesschiedsgericht" möge folgender Absatz hinzugefügt werden:                  (4) Kandidaten für die Ämter im Landesschiedsgericht müssen vor der Einreichung ihrer Kandidatur die Unterstützung von 30% der akkreditierten Mitglieder, jedoch mindestens 10, vorweisen.</p>		
<b>Begründung:</b>		
<p>Wenn Mitglieder nicht zumindest diese Anzahl an Unterstützern auf einem Landesparteitag vorweisen können, würden sie nur unser aller Zeit verschwenden. Diese Anträge bieten einen integrierten Trollschutz fürs Kandidatenpodium. Dieser ist durchaus beabsichtigt. Nun auch mit verbessertem Trollschutz statt nur schwer wirksamem Schlangenöl.</p>		

SÄA 005	konkurrierend mit SÄA 001 & SÄA 004	
Antragsteller:	Piratux	
Unterstützer zur Kandidatur für den Landesvorstand und Landesschiedsgericht		
<b>Antragstext:</b>		
<p>Modul 1: Unter dem "§7 - Der Landesvorstand" möge folgender Absatz hinzugefügt werden:  (1e) Kandidaten für die Ämter im Landesvorstand müssen vor der Einreichung ihrer Kandidatur die Unterstützung von 100% der akkreditierten Mitglieder, jedoch mindestens 100, vorweisen.</p> <p>Modul 2: Unter dem "§9 - Das Landesschiedsgericht" möge folgender Absatz hinzugefügt werden:  (4) Kandidaten für die Ämter im Landesschiedsgericht müssen vor der Einreichung ihrer Kandidatur die Unterstützung von 1000% der akkreditierten Mitglieder, jedoch mindestens 1000, vorweisen.</p>		
<b>Begründung:</b>		
<p>Wenn Mitglieder nicht zumindest diese Anzahl an Unterstützern auf einem Landesparteitag vorweisen können, würden sie nur unser aller Zeit verschwenden. Diese Anträge bieten einen integrierten Trollschutz fürs Kandidatenpodium. Dieser ist durchaus beabsichtigt. Nun auch mit verbessertem Trollschutz statt nur schwer wirksamem Schlangenöl. Nun mit 100% wirksamem Schutz. 1000%-ig!</p>		

SÄA 003		
Antragsteller:	Robert Lutz	
Ombudspiraten		
<b>Antragstext:</b>		
Die Versammlung möge beschließen, den in der Satzung unter §7 Abs. 12 verankerten Ombudspiraten ersatzlos zu streichen.		
<b>Begründung:</b>		
<p>Sämtliche Ombudspiraten und Stellvertreter sind in den letzten zwei Jahren "abhanden" gekommen. Wir sind zudem in der ganzen Partei der einzige LV, der einen Ombudspiraten überhaupt noch in der Satzung stehen hat, den letzten gäbe es nach Recherche des Landesvorstandes(2015-2017) noch im KV Bielefeld in NRW. Überhaupt gab es in zwei Jahren nur einen Vorfall, welcher aktuell vor einem Schiedsgericht verhandelt wird und die Kompetenzen eines Ombudspiraten weit überschritten hätte.</p>		

SÄA 008		
Antragsteller:	1HiGHzERr	
Amtszeiten Landesvorstand		
<b>Antragstext:</b>		
<p>§ 7 Der Landesvorstand soll, wie folgt, geändert werden.</p> <p>"1. Absatz (1a) wird Absatz (1)  2. Die Absätze (1b) bis (1d) werden ersatzlos gestrichen.  3. Absatz (3) erhält folgende Fassung:  (3) Der Landesvorstand wird von der Landesmitgliederversammlung für ein Kalenderjahr in geheimer Wahl gewählt. Die Landesmitgliederversammlung kann die Amtszeit eines amtierenden Vorstandes nach erfolgter Entlastung durch Beschluss mit 2/3-Mehrheit auf zwei Jahre verlängern."</p>		
<b>Begründung:</b>		
<p>Die zweijährige Amtszeit und die Wahl von Nachfolgekandidaten haben weder eine durchgängige Arbeit mit Beschlussfähigkeit gewährleistet, noch wurden sie der Dynamik des Landesverbandes gerecht. Nachteilig war darüber hinaus, dass für Mitglieder schwer nachvollziehbar war, wer aktuell im Landesvorstand arbeitet und wie Aufgaben übertragen werden. Trotzdem soll für "ruhigere Zeiten" die Option der Einsparung eines Wahlvorganges aller zwei Jahre möglich bleiben, wie in Absatz (3) geregelt.</p>		

## Satzungsänderungsanträge

SÄA 002		
Antragsteller:	Toni Rotter	
Umbenennung Landesmitgliederversammlung		
<b>Antragstext:</b>		
Die Landesmitgliederversammlung möge an allen Punkten in der Satzung wieder in Landesparteitag umbenannt werden.		
<b>Begründung:</b>		
Der gewünschte Effekt eines basisdemokratischeren und damit inklusiveren Anstriches blieb aus. Stattdessen wird das Gremium durch den Begriff vor Presse und Öffentlichkeit eher entwertet und wirkt wie eine umständliche Umschreibung und ein Zungenbrecher. Lasst uns lieber wieder sagen "bei den Piraten darf jeder auf den Parteitag mitwirken" statt "bei den Piraten heißt das Mitgliederversammlung."		

SÄA 006		
Antragsteller:	Piratux	
Fristen für Anträge		
<b>Antragstext:</b>		
Als § 7 Abs. 15 (oder ggf. höher) Satzung wird zusätzlich eingefügt: Wenn Mitglieder Anträge an den Vorstand stellen, sind diese binnen drei Monaten zu behandeln und entscheiden. Angestrebt werden sollte eine Bearbeitungsdauer von einem Monat, üblicherweise zur nächsten oder übernächsten regulären Vorstandssitzung.		
<b>Begründung:</b>		
Wir sind eine Partei der Basisdemokratie. Die GO ist weniger rechtsverbindlich und kann leicht vom Vorstand selbst geändert werden - die Satzung nicht. Dieser Antrag schließt eine Lücke in der Brücke zwischen Vorstand und Basis. Die Fristen sind wirklich sehr weiträumig ausgelegt - dennoch bisher sehr oft sehr weit überschritten bis hin zur dauerhaften Nichtbearbeitung worden. Das muss viel besser werden. Für alle verbindlich. Hat nur Vorteile. Auch im Wahlkampf locker zu schaffen.		

SÄA 007		
Antragsteller:	Andreas Roth	
Ordnungsmaßnahmen		
<b>Antragstext:</b>		
Die Landesmitgliederversammlung möge bitte §5 Ordnungsmaßnahmen wie folgt ändern. §5 Ordnungsmaßnahmen		
(a) Verstößt ein Mitglied gegen die Satzung, oder gegen Grundsätze, oder Ordnung, oder politischen Ziele der Partei, so können die Ordnungsmaßnahmen der Satzungen der Partei in Kraft treten. Antragsberechtigt sind alle Organe der Partei, Mitglieder und persönlich Betroffene. Für Entscheidungen über Ordnungsmaßnahmen ist der Landesvorstand zuständig. Gegen Ordnungsmaßnahmen kann beim Landesschiedsgericht Berufung eingelegt werden. Vor einer Entscheidung, ist dem Betroffenen Gelegenheit zur Stellungnahme zu gewähren.		
(b) Mögliche Ordnungsmaßnahmen des Landesvorstandes sind zum Beispiel:		
i. Verwarnungen mit oder ohne Sanktionsbeschreibung bei fortgesetztem unangebrachtem Verhalten.		
ii. Ausschluss aus der Landesmailingliste bei Beleidigung, Nötigung, Unterstellung von Straftaten oder grober Störung des Friedens auf der Liste, Spam oder Trolling der Liste.		
iii. Ausschluss von einer Versammlung in Fällen der Störung des Ablaufes der Versammlung, oder Versagung der Teilnahme an einer kommenden Versammlung in Folge eines Versammlungsverweises.		
iv. Versagung eines Versammlungsamtes auf Ebene des Landes und der Kreise und Information über diese Ordnungsmaßnahme an die übergeordneten Gliederungen. Maximal bis zu 2 Jahren		

zulässig.

v. Versagen der Fähigkeit eines Partei gebundenen / Listen gebundenen Parteiamtes / Wahlamt aus einer Aufstellungsversammlung für die Dauer von maximal 2 Jahren, in Fällen von nachgewiesenen Äußerungen oder öffentlichen Bekundungen gegen die Grundsätze der Partei oder in Fällen von grober und ehrverletzender Beleidigung.

vi. Versagen der Fähigkeit zur Wahl / Ausübung eines Parteiamtes bei gravierenden Verstößen gegen Regeln der Satzung, des Datenschutzes, der Pflichten zur Dokumentation, Führung von Protokollen oder der Geschäfts und/oder Finanzordnung. Dies ist maximal für 2 Jahre zulässig.

(c) Alle Ordnungsmaßnahmen erfolgen nur auf Antrag, der Schutz der Persönlichkeitsrechte hat Vorrang vor einer Veröffentlichung, die Mitteilung an übergeordnete Gliederungen ist hiervon ausdrücklich ausgenommen. Mitglieder des Landesvorstandes dürfen gewählte Wahlleiter hierüber unter Ausschluss der Öffentlichkeit informieren.

(d) Ein Mitglied kann nur dann ausgeschlossen werden, wenn es vorsätzlich gegen die Satzung oder erheblich gegen die Grundsätze oder die Ordnung der Partei verstößt und der Partei damit schweren Schaden zufügt. Der Landesvorstand prüft auf Antrag und entscheidet über einen Ausschluss.

(e) Die in § 11.b genannten Ordnungsmaßnahmen werden vom Landesvorstand angeordnet. Der Landesvorstand, muss dem Mitglied den Beschluss der Ordnungsmaßnahme in Textform, unter Angabe von Gründen zu stellen.

(f) Gegen eine Ordnungsmaßnahme des Vorstandes ist eine Anrufung des LSG zulässig. Handelt es sich um einen Ausschluss, wird er erst nach Beschluss des LSG rechtskräftig.

(g) Die parlamentarischen Gruppen der Partei sind gehalten, ein rechtskräftig ausgeschlossenes oder eine ausgetretenes Mitglied aus ihrer Gruppe auszuschließen.

**Begründung:**

Dient dazu endlich Klarheit zu schaffen was geht und was nicht. Somit können sich Mitglieder und Vorstände besser orientieren.

## Grundsatzprogrammanträge

GP001		
Antragsteller:	Piratux	
Verleumdungen		
<b>Antragstext:</b> Wir sind streng gegen Verleumdungen jeglicher Art. Die Unschuldsvermutung hat bei uns einen hohen Stellenwert. Hartnäckige Verstöße dagegen rechtfertigen das Beantragen von Ordnungsmaßnahmen.		
<b>Begründung:</b> "Wenn keine Fakten gefunden werden, werden welche erfunden. Dagegen muss man einschreiten. Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Schwarmintelligenz hier als Kontrollinstanz versagt: "Die Täter werden schon recht haben"-Bauchgefühl und folgende Hetze. So sind Piraten nicht wählbar. Darum sind sie zurecht kaputt. Also müssen diese Mitglieder diesen Beschluss fassen, um die Piratenpartei zu retten - und sich betroffene Vorstände wie weitertratschende Basismitglieder selbst an die Nase fassen."		

GP002		
Antragsteller:	Piratux	
BGE		
<b>Antragstext:</b> Piraten Sachsen setzen sich bedingungslos für das Bedingungslose Grundeinkommen ein.		
<b>Begründung:</b> Kurz und schmerzlos. Steht dazu oder nicht. Keine Detailfragen, es geht um das Grundsätzliche. Ob in Sachsen oder über den Bundesrat im Bund spielt keine Rolle, ebenso außerparlamentarisches Bewerben und Vernetzen.		

GP003		
Antragsteller:	Piratux	
Videostreams von Mitgliederversammlungen		
<b>Antragstext:</b> Wir verkaufen unser höchstes Gut Transparenz niemals - oder kaufen es dann schnell wieder zurück.		
<b>Begründung:</b> "Mittlerweile sprechen sich offen Ex-Vorstände und Mandatsträger vereinzelt dafür aus, nicht nur aus organisatorischen Gründen, sondern sogar bewusst auf Videostreams von Landesmitgliederversammlungen zu verzichten. Das wäre bis etwa 2013 ein undenkbarer Skandal gewesen. Mittlerweile ist es normal geworden, gar keine anzubieten und bei allgemeinen Transparenzansprüchen zu Veranstaltungen in Geschäftsstellen vereinzelt sogar Vorwürfe des Einschleusens von Spionen vorzuwerfen - entsprechendes liegt dem Antragsteller auch schriftlich vor. Die Piraten haben sich damit überflüssig gemacht, weil sie ihr größtes Unterscheidungsmerkmal opferten - für Lobbyismus innerhalb der Piratenpartei zwischen verschiedenen konkurrierenden Personen. Dies muss sofort revidiert werden. Die Piraten haben sich unglaublich gemacht und fahren den Kahn damit weiter an die Eisscholle."		

### Wahl programmanträge

WP001		
Antragsteller:	Piratux	
Datenschutz		
<b>Antragstext:</b> Wir Piraten setzen uns für Datenschutz ein. Daher versprechen wir, dass wir auf unseren Medien keine Persönlichkeitsdaten wie Vor- und Zuname leaken, wenn du dich bloß mit einem Pseudonym angemeldet hast. Wer dagegen verstößt, wird vorabmoderiert und nach Wiederholung temporär gemäß aktueller Sperrregeln gesperrt.		
<b>Begründung:</b> Dies gilt insbesondere auch für Vorstände. Der Wähler muss wissen, was ihn erwartet - braucht Sicherheit und Verlass. Momentan weiß er nicht, dass ich weiß, dass diese Regeln ganz dringend nötig sind.		

WP002		
Antragsteller:	Piratux	
Kooperation mit BGE, der Partei Bündnis Grundeinkommen		
<b>Antragstext:</b> Piraten Sachsen vernetzen sich mit dem Bündnis Grundeinkommen.		
<b>Begründung:</b> Kurz und schmerzlos. Ja oder Nein. Konkrete Ausgestaltung nach eigener Auslegung frei möglich, formell wie inhaltlich.		

WP003	Modul 2 konkurrierend mit WP005	
Antragsteller:	Robert Lutz	
Eröffnung Wahlprogramm für die LTW 2019		
<b>Antragstext:</b> Die Landesmitgliederversammlung/der Landesparteitag möge beschließen, Modul 1: ein neues, leeres Wahlprogramm für die Landtagswahl 2019 zu eröffnen. Modul 2: ein neues, leeres Wahlprogramm für die Landtagswahl 2019 zu eröffnen und das Wahlprogramm aus 2014 zu übernehmen. Dieses kann dann auf einem Programmparteitag möglichst im ersten oder zweiten Quartal 2018 weiter aktualisiert werden.		
<b>Begründung:</b> -		

WP 005	konkurrierend mit Modul 2 WP003	
Antragsteller:	1HiGHzERr	
LWP2019 konkurrierend mit WP 003, Modul 2		
<b>Antragstext:</b>		
Das LT-Wahlprogramm 2014 soll mit modulweiser Abstimmung, d. h. mit Beschluss zu jedem einzelnen Programmpunkt in das WP 2019 übernommen werden, soweit die LMV dazu keine Diskussion verlangt.		
Programmpunkte mit Diskussionsbedarf werden in der Tagesordnung nach hinten verschoben bzw. bis zur nächsten LMV in der Liste Sachsen/Programm bzw. in AGen oder auf Plenen diskutiert und aktualisiert.		
<b>Begründung:</b>		
Erfahrungsgemäß werden einmal beschlossene Programmpunkte nicht mehr angerührt und verbessert. Es soll ein Qualitäts-/Aktualitäts-Check und eine Aktivierung zur Diskussion/Optimierung erfolgen, um die Qualität des Ergebnisses zu verbessern.		

WP 004		
Antragsteller:	Robert Lutz	
Kostenlose Mittagsverpflegung für Kita- und Schulkinder		
<b>Antragstext:</b>		
Die Landesmitgliederversammlung/der Landesparteitag möge beschließen, in den Bereich "Frühkindliche Bildung" des Wahlprogramms für die LTW19 folgende Passage aufzunehmen:		
<b>Kostenlose Mittagsverpflegung für Kita- und Schulkinder</b>		
Die Piraten Sachsen setzen sich dafür ein, jedem Kita- und Schulkind einen Zugang zu kostenloser Mittagsversorgung nach DGE-Standard in der Kindereinrichtung zu ermöglichen.		
<b>Begründung:</b> -		

## Positionspapiere

Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Antragsbuches lagen keine Anträge zu Positionspapieren vor.

## Sonstige Anträge

SOA 001	Module konkurrierend	
Antragsteller:	Toni Rotter	
Teilnahme an der Landtagswahl 2019		
<b>Antragstext:</b>		
Die Versammlung möge beschließen, dass		
Variante 1: der Landesverband Sachsen der Piratenpartei nicht an der Landtagswahl 2019 teilnimmt.		
Variante 2: Der Landesverband Sachsen der Piratenpartei zwar an der Landtagswahl 2019 teilnimmt, aber kein Budget für traditionelle Wahlkampfaktionen wie Plakatieren, Anzeigen oder sonstige Werbemittel zur Verfügung stellt.		
Variante 3: Der Landesverband Sachsen der Piratenpartei vollumfänglich an der Landtagswahl 2019 teilnimmt.		
<b>Begründung:</b>		
Der Landesverband der Piratenpartei Sachsen ist - freundlich ausgedrückt - nicht in der Fläche kampagnenfähig. Die Parteienfinanzierungshürde scheint nach dem Bundestagswahlkampf unerwartet hoch und eine Veränderung durch unsere Hände allein kaum zu realisieren. Ganz pragmatisch würde eine vollumfängliche Teilnahme am Landtagswahlkampf kaum den finanziellen und personellen Einsatz vergelten und den Landesverband nur vor noch größere Herausforderungen stellen. Mein Standpunkt ist, dass wir zurückgelegte Mittel in einem größeren Anteil in kommunale Wahlkämpfe und evtl. auch die Europawahl stecken sollten, um		

Grundlagenarbeit und Vernetzung voran zu treiben und unsere Positionen zu festigen. Dabei bin ich ein Freund der Variante 2, da ein Stehen auf dem Wahlzettel unsere Wähler nicht im Stich lässt und unerwartete Effekte durch die anderen Wahlen eintreten können. Der Antrag an sich ist dabei als Handlungsempfehlung an den Landesvorstand zu verstehen, auch da die Entscheidung zu jedem Landesparteitag widerrufen werden kann. Jetzt ist aber der Zeitpunkt, zu dem wir diese Wahlkämpfe anfangen müssen vorzubereiten.

SOA 002	Module konkurrierend	
Antragsteller:	Piratux	
Änderung der Moderationsregeln der Mailingliste		
<p><b>Antragstext:</b></p> <p><b>Modul 1:</b> Die bestehenden Moderationsregeln unter <a href="https://wiki.piratenpartei.de/SN:%C3%84mter/Vorstand/Umlaufbeschl%C3%BCse#[..]">https://wiki.piratenpartei.de/SN:%C3%84mter/Vorstand/Umlaufbeschl%C3%BCse#[..]</a> sind extrem lang und komplex. Sie sollten durch eine kurze, klare, verständliche Fassung ersetzt werden. Diese soll ein Beauftragter erarbeiten und dann dem neuen Vorstand zum Beschluss vorgelegt werden.</p> <p><b>Modul 2:</b> Statt dem Beauftragten tritt folgende Regelung direkt in Kraft: "Piraten Sachsen möchten Meinungsfreiheit, aber keine Beleidigungen. Oft sind die Grenzen fließend. Deren Interpretation häufiger Auslöser von Streitigkeiten, welche zu vorschneller Zensur führen können. Piraten Sachsen gehen daher mit gutem Beispiel voran und versuchen, die Situation zu objektivieren: Unter <a href="http://www.hyperhero.com/de/insults.htm">http://www.hyperhero.com/de/insults.htm</a> gibt es eine Liste mit ca. 11.300 Schimpfwörtern. Wer sich nicht sicher ist, ob z.B. "Widerling" noch gerade so erlaubt ist, kann dort nachschlagen (Kopie im Wiki). Andere Ausdrücke sind erlaubt und müssen ggf. in Vorstandssitzungen ergänzt werden. Oft wird nicht mutwillig gegen die Regeln verstoßen. Daher warnen wir euch erst vor, wenn ihr Verstöße begeht. Nach der dritten berechtigten Verwarnung stellen wir euch auf einen Monat Vorabmoderation um. Eure Postings werdet dann in der Regel nur einmal in der Woche freigeschaltet. Dabei sind keine weiteren Sperren möglich, sondern nur Widersprüche gegen zurückgehaltene Postings, welche dem eigenen Empfinden nach nicht gegen diese Regeln verstoßen. Wir Piraten stehen für Inklusion: Dauerhafte Sperren lehnen wir ab. In Extremfällen (mehr als 10 Beleidigungen/ Tag) kann einen Monat gesperrt werden, zunächst jedoch eine Woche. Die Leseberechtigung bleibt jeweils erhalten."</p> <p><b>Modul 3:</b> Die Mailingliste der Piraten Sachsen wird ersatzlos geschlossen.</p>		
<p><b>Begründung:</b></p> <p><b>Modul 1:</b> Häufiger Missbrauch durch viel Geschwurbel in den Regeln möglich und tatsächlich erfolgt.</p> <p><b>Modul 2:</b> Klare Regeln ohne Interpretationsspielraum <a href="http://www.hyperhero.com/de/insults.htm">http://www.hyperhero.com/de/insults.htm</a></p> <p><b>Modul 3:</b> Die meisten Piraten benutzen wahrscheinlich sowieso nur noch Whatsapp und Twitter, des Weiteren gibt es noch das Syncforum <a href="http://news.piratenpartei.de/">http://news.piratenpartei.de/</a> Damit sind auch die Moderationsregeln der Mailingliste hinfällig.</p>		

SOA 003		
Antragsteller:	Piratux	
Inklusion		
<p><b>Antragstext:</b></p> <p>Hausverbote in unseren Einrichtungen lehnen wir ab, insbesondere wenn sie auf Gerüchten beruhen. Es gilt die Unschuldsvermutung. Wer sich aktuell nicht benimmt, bekommt einen Platzverweis für den ganzen Tag (bei Veranstaltungen über 0 Uhr hinaus auch für den ganzen Folgetag). Wer sich wieder benimmt, darf wieder kommen. Hausverbote dauern maximal drei Monate und müssen dann erneut beschlossen und neu begründet werden. Nur krasse Verstöße wie Straftaten berechtigen zum Hausverbot, z.B. mutwilliges Zerstören von Eigentum oder juristisch relevante Bedrohung (z.B. belegt durch erfolgreiche Strafanzeige).</p>		

**Begründung:**  
 Eigentlich selbstverständlich, aber für viele Piraten wohl noch nicht. Dem Missbrauch muss ein Riegel vorgeschoben werden. Der Wähler will sehen, dass er uns trauen kann und wir zu solchen Kompromissen fähig sind statt nur Egomanen, die sich gegenseitig behindern und sperren wollen.

SOA 004		
Antragsteller:	Piratux	
Ordnungsmaßnahmen und Moderationen		
<b>Antragstext:</b> Anträge müssen begründet werden. Unzureichend begründete Ordnungsmaßnahmen wären etwa ein bloßer Verweis auf ein E-Maildatum mit viel Text, ohne Bezug zum Regelwerk.		
<b>Begründung:</b> Den Vorstand nachdrücklich und schriftlich auf seine Fürsorgeverpflichtungen hinweisen, da massenweise missachtet, was in vielen Klagen und Feststellungsklagen vor den Schiedsgerichten		

SOA 005		
Antragsteller:	Piratux	
Kommissarischer Vorstand		
<b>Antragstext:</b> Das Ausrufen eines Kommissarischer Vorstandes muss kurz protokollarisch begründet werden: Wer war dafür/ dagegen/ hat sich enthalten? Wurden die übrigen Vorstände darauf hingewiesen? Mit welcher Frist? Mit welcher Reaktion?		
<b>Begründung:</b> Es sind mir da bei der letzten Ausrufung erhebliche Mängel aufgefallen, die fast zu drei Strafanzeigen geführt hätten, weil sie ohne Protokoll dazu durchaus berechtigt sein können.		

SOA 006		
Antragsteller:	Piratux	
Bel eidigungen		
<b>Antragstext:</b> Vorstände und Mandatsträger in Rathäusern hören auf, Basismitglieder zu beleidigen, etwa mit "Vollposten", "zersetzende Persönlichkeiten", "Herpes", "geh zum Therapeuthen", "Depp", "du kannst mich mal", "nimm deine Pillen", "sperrt den Troll" oder dergleichen.		
<b>Begründung:</b> Auch Vorstände und Mandatsträger sollten die Regeln des kultivierten Umgangs miteinander kennen und respektieren.		

SOA 007		
Antragsteller:	Piratux	
Kl einspende für Freie Software		
<b>Antragstext:</b> Piraten Sachsen kaufen einmalig von wenigstens 0,1% ihrer voraussichtlichen Jahreseinnahmen Software oder eine kleine einmalige Dienstleistung von einer Firma, welche Freie Software fördert, z.B. Intel mit ihren freien Grafiktreibern. Zu bevorzugen sind KMU (kleine mittelständische Unternehmen), welche oft Dienstleistungen wie das korrekte Einrichten von Linuxsystemen übernehmen.		
<b>Begründung:</b> Piraten Sachsen haben wenig Geld, aber ein kleiner symbolischer Betrag von 0,1% zeigt allen, dass wir Freie Software unterstützen möchten, auch wenn wir oft selbst Geschlossene Software verwenden. Es zeigt auch, dass sich prinzipiell mit Freier Software durch Support bei Problemen, etwa der Einrichtung eines Grafiktreibers, Geld verdienen liese. Für LQFB wurde bereits viel Geld für Softwarebereitstellung und Dienstleistung ausgegeben. Warum also nicht einfach mal ein		

Kleinauftrag an ein Unternehmen, welches auf jeden Auftrag angewiesen ist? Und mit Sicherheit gibt es Linuxprobleme bei den Piraten, sofern es überhaupt mal wo benutzt wird.

SOA 008		
Antragsteller:	Piratux	
Moderation - alle sind gleich, aber manche sind gleicher		
<b>Antragstext:</b> Auf den offiziellen Kommunikationsmedien der Piraten Sachsen wie Mailinglisten soll bei Moderationen Gleichbehandlung angewendet werden. Wenn einige bei "Schimpfwort XY" ständig moderiert werden, andere aber fast nie, ist das Gleichgewicht nicht mehr gegeben.		
<b>Begründung:</b> Einseitige Parteinahme ist Lobbyismus im Kleinen und gehört nicht in diese Partei. Alle sind gleich, mit gleichen Rechten und Pflichten. Kein Bonus für Vorstandsmitglieder. Kein Negativbonus für unliebsame, etwa kritisierende Personen.		

SOA 009		
Antragsteller:	Piratux	
Basisbeteiligung		
<b>Antragstext:</b> Piraten kapseln sich immer mehr von Basisbeteiligung ab statt sich breiter aufzustellen. Es gab bereits im KV C Vorschläge zur zu wählenden GO, welche vorschlugen, dass bei Fehlen des Antragstellers oder auf dessen Wunsch hin die Versammlungsleitung (oder Antragskommission) die Anträge verliert und trotzdem abstimmen lässt. Dies soll in künftigen GOs stärker beachtet werden.		
<b>Begründung:</b> Es sollten auch die schlaun Introvertierten gehört werden, nicht nur laute Extrovertierte (die ebenfalls schlaun sein KÖNNEN). Diese Selektion kann man insbesondere auf jedem BPT, aber auch im Kleinen auf LMVs feststellen.		

SOA 010		
Antragsteller:	Piratux	
Datenschutz auf LMVs		
<b>Antragstext:</b> Transparenz auf LMVs ist auch gegeben, wenn es nur Audioaufzeichnungen von Rednern gibt. Der Datenschutz von Persönlichkeitsrechten gebietet es, dass auch ein Micro ohne Videoaufnahme zur Verfügung gestellt werden sollte, wenn einzelne Redner dies wünschen.		
<b>Begründung:</b> "Im Land- oder Bundestag mag das anders sein (müssen, rechtlich wie faktisch), aber Basismitglieder sind keine Politiker der Mandatsbühne, stehen also für gewöhnlich nicht im öffentlichen Leben. Daher muss der Basis Beteiligung ermöglicht werden, ohne die Transparenz, aber auch nicht deren Daten zu opfern.  Manche können keine Anträge stellen, weil sie an dem Tag vielleicht offiziell woanders wären oder - oder - oder. Manche möchten auch nicht so berühmt wie Merkel werden, nur um auch mal das #Ding mit der Basisbeteiligung auszuprobieren. Ändert das auf kommenden LMVs oder bleibt weiter zurück hinter den Entwicklungsmöglichkeiten der Partei. Solche Mängel sind nicht zu unterschätzen. Auch wenn extrovertierte Reste der Partei möglicherweise dagegenstimmen würden, weil sie die Bühne - wie immer - für sich alleine wollen."		

SOA 011		
Antragsteller:	Piratux	
Verleumdungen		
<p><b>Antragstext:</b> Wir sind streng gegen Verleumdungen jeglicher Art. Die Unschuldsvermutung hat bei uns einen hohen Stellenwert. Hartnäckige Verstöße dagegen rechtfertigen das Beantragen von Ordnungsmaßnahmen.</p>		
<p><b>Begründung:</b> "Wenn keine Fakten gefunden werden, werden welche erfunden. Dagegen muss man einschreiten. Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Schwarmintelligenz hier als Kontrollinstanz versagt: "Die Täter werden schon recht haben"-Bauchgefühl und folgende Hetze.  So sind Piraten nicht wählbar. Darum sind sie zurecht kaputt. Also müssen diese Mitglieder diesen Beschluss fassen, um die Piratenpartei zu retten - und sich betroffene Vorstände wie weitertratschende Basismitglieder selbst an die Nase fassen."</p>		